

Auf dem Weg zur Linken

Bundesvorstand der WASG und der Parteivorstand der Linkspartei haben die Gründungsdokumente für die Vereinigung beschlossen. Und vor allem die Fassung der Eckpunkte zum Programm, die den Parteitagen von WASG und Linkspartei im März 2007 vorgelegt werden soll. Viel Aufregung gibt es zuweilen über den Stellenwert des „Demokratischen Sozialismus“, der Frage der „Vergesellschaftung“, der Festlegungen für Regierungsbeteiligungen und wie konsequent Militäreinsätze auch unter UN-Mandat ausgeschlossen werden.

Sicher alles nicht unwichtige Themen. Aber sind das die vorrangigen Punkte, die die weitere Entwicklung hin zur neuen Linken entscheiden? Viel mehr sollte uns bewegen in welcher Weise die Partei ihre politische Praxis weiterentwickelt. In welchem Umfang es gelingt an den aktuellen politischen Auseinandersetzungen sich zu beteiligen und Einfluss zu nehmen.

Politik für die Menschen

Hierfür gibt es viele konkrete Forderungen in den Eckpunkten. Punkte, die an den unmittelbaren Alltagsproblemen der Menschen ansetzen. Einer der wichtigsten aktuellen Konflikte ist die Rente mit 67. Klar ist, dass WASG und Linkspartei dies ablehnen. Darüber hinaus werden flexible Ausstiegsmöglichkeiten gefordert. Dies gilt insbesondere für Beschäftigte mit belastenden Arbeitsbedingungen, zum Beispiel Schichtbeschäftigten. Mindestens soll die Altersteilzeit weitergeführt und der Zugang zu Erwerbsminderungsrenten erleichtert werden. Nebenbei: Ergänzungen, die in letzter Minute aufgenommen wurden.

Dies ist insbesondere wichtig für die Anfang 2007 beginnenden Proteste gegen die von der großen Koalition geplante Rente mit 67. Der Bundesvorstand der WASG² hat deshalb auch alle Ebenen der Partei aufgefordert, sich an den von den Gewerkschaften angestoßenen Aktionen zu beteiligen³. Nur so gewinnen wir wirkliches Profil

¹ Mitglied im Bundesvorstand der WASG

² Der Parteivorstand der Linkspartei wird voraussichtlich einen ähnlichen Beschluss noch fassen

³ <http://www.w-asg.de/28+M54d78d51367.html>

in der Öffentlichkeit. Nur mit Forderungen, die an den Sorgen der Menschen ansetzen, haben wir eine wirkliche Chance, Zustimmung der Bevölkerung und Mitglieder hinzuzugewinnen.

Hierzu gehören auch unser Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. WASG und Linkspartei wollen ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Für bessere Erziehung und Bildung, Forschung, Kultur, ökologischen Umbau und öffentliche Infrastruktur. Die öffentlichen Investitionen und Ausgaben sollen mindestens um jährlich 40 Milliarden Euro angehoben werden. Eine Million zusätzlicher, sinnvoller und tariflich abgesicherter Arbeitsplätze können so geschaffen werden.

Die These vom „Ende der Arbeit“ ist weitverbreitet. Viele halten Vollbeschäftigung für ein unrealistisches Ziel. Schaut man sich jedoch die vielen Mangelbereiche in unserer Gesellschaft an, dann ist eigentlich klar: Es gibt viel zu tun.

Ältere Menschen, die in Heimen leben, werden zu oft zu schlecht betreut. Dass für Erziehung und Bildung viel mehr getan werden muss, ist spätestens seit PISA bekannt. Unsere Verkehrsinfrastruktur steht vor dem Kollaps. Das Kanalnetz zur Entsorgung der Abwässer ist marode. Viele weitere Mangelbereiche könnte man auflisten.

Auch zur Finanzierung verhält sich der Programmentwurf. Es soll wieder eine Vermögensteuer erhoben und die Erbschaftsteuer auf große Erbschaften erhöht werden. Allein dies kann mindestens 20 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen bringen. Kommt die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf mindestens 50 Prozent und die stärkere Besteuerung der Konzerne hinzu, ist ein Volumen von 40 und mehr Milliarden Euro zu finanzieren.

Ein einmal eingeleitetes Zukunftsinvestitionsprogramm ließe sich ausweiten, sodass die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze deutlich über der 1-Million-Marke liegen könnte. Man stelle sich einmal vor, welche Rückwirkungen ein deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit auf die Tarifpolitik hätte. Die Existenzängste und der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt würden abnehmen. Heute sind sie wichtige Faktoren, die die Durchsetzungschancen der Gewerkschaften einengen.

Eine weitere wichtige Forderung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht ebenfalls in den Eckpunkten: Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich.

Alles klar: Vergesellschaften!??

Es wird kritisiert, dass in den Eckpunkten der Beschluss des WASG-Parteitages in Geseke zur Überführung der „Schlüsselbereiche der Wirtschaft ... in öffentliche Eigentumsformen“ sich nicht mehr in voller Konsequenz wiederfindet. am. Der WASG-Vorstand hatte den Änderungsantrag in den Verhandlungen mit dem Linkspartei-Vorstand eingebracht, stieß aber auf keine Zustimmung.

Bei diesem Insistieren auf klaren Forderungen nach „Vergesellschaftung der Wirtschaft“ gerät aus dem Blick, dass das eigentlich ungelöste Problem darin besteht, wie diese Vergesellschaftung aussehen müsste. In tragischer Weise hat die Geschichte uns gelehrt, dass zu einem erfolgreichen alternativen Modell gesellschaftlicher Organisation weit mehr gehört als die Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum. Das zentrale Steuerungselement kapitalistischer Wirtschaftsweise ist die blindwütige Konkurrenz der Einzelkapitale und das Ziel des Maximalprofits. Entscheidend ist die Frage, wie und bis zu welchem Punkt dieser Steuerungsmechanismus durch eine alternative gesellschaftlich vermittelte Logik ersetzt werden kann.

In den jetzt beschlossenen Eckpunkten findet sich dazu: *„Die profitbestimmte private Verfügung ... muss durch breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Regulierung zurückgedrängt und überwunden werden.“*⁴ Klar ist, dass mit einer derart allgemeinen Problembeschreibung noch nicht viel gewonnen ist. Deshalb: *„Wir wollen eine breite Diskussion darüber führen, wie dies konkret realisiert werden kann. In diesem Zusammenhang wollen wir klären, wie öffentliches Eigentum als Grundlage demokratischer Politik und Daseinsvorsorge erweitert und sowohl sozial als auch effizient gestaltet werden kann.“* Ungeklärte, offene Fragen zu benennen bringt uns mehr an Glaubwürdigkeit als das Proklamieren von vermeintlichen Gewissheiten.

Die Schwierigkeit wird auch daran deutlich, dass wir durch die vergangene Entwicklung in Ost und West gebrannte Kinder sind. Einer der zentralen Gründe für das

⁴ http://parteitag.w-asg.de/uploads/media/20061119_leitantrag.pdf

Scheitern des sozialistischen Experiments im Osten war eine verbürokratisierte Kommandowirtschaft. Dies korrespondierte mit einem Mangel an Demokratie, mit einer vollkommen ungenügenden Teilhabe der Menschen an der Gestaltung der Produktion. Im Westen war insbesondere für die Gewerkschaften die Demokratisierung der Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Durchgesetzt wurden die bekannten Mitbestimmungsrechte im Betrieb und Unternehmen. Die Einflussnahme ist begrenzt und in den meisten und wichtigen Fragen ist die alleinige Entscheidung der Kapitaleigentümer unangetastet. Die Mitbestimmung ist einerseits eine Errungenschaft. Andererseits weist sie in der jetzigen Form keinen Wege aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Ein entscheidender Mangel ist, dass die Mitbestimmung immer auf das einzelne Unternehmen bzw. den Betrieb ausgerichtet ist. Damit gibt es keine Regelung, die die Abstimmung von Ressourceneinsatz und Produktion in einer Branche, geschweige denn Region oder gar gesamtgesellschaftlich zum Gegenstand hat. Folglich gibt es auch keine diesbezüglichen Erfahrungen. Die einzigen zaghaften Ansätze finden sich zum Teil innerhalb von Großkonzernen, wenn es gelingt, die Interessen der Belegschaften der einzelnen Betriebsstandorte solidarisch miteinander abzustimmen. Zum Teil gelingt es auch, Einfluss auf die Produktionsorganisation im Konzern zu nehmen. Selbst wo dies möglichst ist gibt es auf der Branchenebene keine Fortsetzung.

Das Problem der einzelwirtschaftlichen Begrenzung ist historisch immer wieder in der Gewerkschaftsbewegung bewusst gewesen. So wurde in den 60er und 70er Jahren das Konzept der Wirtschafts- und Strukturräte diskutiert und gefordert. Hieran, an Konzepten der überbetrieblichen Mitbestimmung anzuknüpfen, ist für die Diskussion sinnvoll. Dass derartige Verweise in den Eckpunkten fehlen, ist bedauerlich, kann aber nachgeholt werden. Dabei ist klar, dass mit der Diskussion die Fragestellung einer bewussten gesellschaftlichen Steuerung nicht eingelöst ist. Aber es könnte ein Anfang sein. Historisch wird die Lösung nur Resultat komplexer sozialer Lern- und Reflexionsprozesse sein. Vor diesem Hintergrund erscheinen Unsicherheiten in der Forderung nach „Vergesellschaftung“ in den Eckpunkten als wenig bedeutsam.

Absicherung gegen Regierungsbeteiligungen?

Es ist richtig, die Festlegung der Konditionen für Regierungsbeteiligungen der Linken könnte präziser, könnte zwingender sein. Ob das allerdings wirklich hilfreich wäre

und die Entscheidung in konkreten Konfliktsituationen deshalb anders aussehen würde, ist offen. Viel entscheidender ist die Bereitschaft zum innerparteilichen Diskurs und auch offen ausgetragenen Konflikt.

Bisher galt in der PDS und der heutigen Linkspartei weitgehend das Prinzip der Nichteinmischung in die Entscheidungen einer Landespartei. Dieses Tabu ist in kurzer Zeit mehrfach von der WASG gebrochen worden. So hat der Parteitag im November die Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Berlin kritisiert: *„In der vorliegenden Form bewertet die WASG den Koalitionsvertrag als keine tragfähige Basis für eine glaubwürdige linke Politik in der Regierung. Wir als WASG könnten dem bisherigen Koalitionsvertrag so nicht zustimmen.“*⁵ Die weitgehende Öffnung der Ladenschlusszeiten in Berlin wurden ebenfalls abgelehnt. Der neugewählte Bundesvorstand hat dann Anfang Dezember 2006 der Linkspartei ins Stammbuch geschrieben, dass eine Privatisierung von Sparkassen abgelehnt wird⁶. In Berlin muss geprüft werden, ob in der Folge des Bankenskandals tatsächlich eine unumstößliche Verpflichtung gegenüber der EU besteht, die Sparkasse zu verkaufen. Sofern dies der Fall ist, fordert die WASG eine Reihe von Bedingungen festzulegen, die sicherstellen, dass nach einem Verkauf die Sparkasse weiterhin ihrem Gemeinwohlauftrag gerecht wird.

Diese Einmischungen sind damit begründet, dass in der Linken „Berlin“ alle etwas angeht. Die Politik des rot-roten Senats wird bundesweit uns zugerechnet.

Landespolitik hat immer das Dilemma, dass auf die Einnahmeseite kaum Einfluss genommen werden kann. Steuerpolitik wird auf Bundesebene gemacht; die verbleibenden landespolitischen Stellschrauben sind begrenzt. Seit Jahren werden mögliche Steuereinnahmen an Reiche und Konzerne verschenkt. Jährlich könnten sie um 60 bis 80 Milliarden Euro höher liegen. Dies ist die Kernursache, die zu dem Druck auf die Länderhaushalte führt. Und Berlin ist besonders betroffen. Die Steuerpolitik im Bund verschärft so die finanziellen Probleme auf Landesebene. Die PDS bzw. Linkspartei in Berlin hat sich in den letzten Jahren hier eingefügt, hat sich das Mitwirken an einer Politik des Sozialabbaus aufzwingen lassen. Als Erfolg wurde ausgege-

⁵ <http://parteitag.w-asg.de/1057.html>

⁶ <http://www.w-asg.de/28+M5deafd006b5.html>

ben, dass man Schlimmeres verhindert hat. Kann man so für die Linke werben? Kann man so glaubwürdig sein und Menschen überzeugen, dass die Linke die wahre Reformkraft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist? Die Menschen haben bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus im September hierauf eine Antwort gegeben!

Dieser Beschädigung der Glaubwürdigkeit linker Politik muss begegnet werden mit Kritik und der Forderung, dass es kein „Weiter-So“ geben darf. Denn sonst droht die Linke auch auf Bundesebene beschädigt zu werden. Viele Linke, vor allem in der WASG, haben erlebt, wie sehr uns die Berliner Politik in Duisburg, Mannheim, Osnabrück oder sonst wo – auch in Berlin selber und in Schwerin – auf die Füße fällt.

Politisches Handeln in den Kommunen und in den Ländern muss immer auch die Stärkung der Linken auf Bundesebene zum Ziel haben. Letztlich geht es perspektivisch um das Ziel der linken Hegemonie. Nur in dem Maße, in dem politische Weichenstellungen auf Bundesebene gelingen, werden finanzielle Spielräume in den Kommunen und Ländern geschaffen, um unsere Politik umzusetzen. In dem Maße, in dem es gelingt, die steuerpolitische Privilegierung von Reichen und Vermögenden zu beenden, erweitern sich vor Ort die Möglichkeiten, eine fortschrittliche Politik für unsere Kinder, für unser Land zu organisieren.

Alle bekräftigen nach dem Karlsruher Urteil, dass Berlin mit Sparen nicht die Konsolidierung schaffen kann. Wie denn dann? Eine Chance besteht nur, wenn wir die Kraft erlangen, auf Bundesebene eine andere Finanz- und Wirtschaftspolitik durchzusetzen.

Diese Zusammenhänge werden von der Linkspartei in Berlin nicht hinreichend berücksichtigt. Deshalb besteht die Notwendigkeit, zu kritisieren und Druck zu organisieren. Im Interesse unseres Gesamtprojektes! Diese Linie konsequent weiterzuvorführen, auch gerade in der neuen Partei, kann das Problem lösen oder zumindest mindern. Wichtiger als Festlegungen in Programmtexten ist die Stärkung kritischer Kräfte und der Verankerung der Partei in ihrer sozialen und gewerkschaftlichen Basis.

Das Leben entscheidet und nicht so sehr bedrucktes Papier.